

Medienbriefer CBD COP16

Im Einklang mit der Natur? Die EU riskiert, ihre Biodiversitätsziele (erneut) zu verfehlen



Herausgeber: Greenpeace e. V.

Autor:innen: Špela Bandelj Rui, Jannes Stoppel & Christine Gebeneter

Worum geht's?

Die Europäische Union stellt sich gerne als "führender Akteur bei den weltweiten Bemühungen und Verhandlungen über die biologische Vielfalt" dar ([Europäische Umweltagentur](#), EUA). Doch nachdem die EU [ihre Biodiversitätsziele für 2020 weit verfehlt](#) hat, droht sie nun auch ihre Biodiversitätsziele für 2030 zu verfehlen.

Vom 21. Oktober bis 1. November 2024 findet die 16. Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) in Cali, Kolumbien statt. Dort werden die Länder zusammenkommen, um die Fortschritte bei der Umsetzung des [Globalen Rahmens für die biologische Vielfalt von Kunming und Montreal](#) (KMGBF oder GBF) zu bewerten. Der Rahmen umfasst unter anderem das Ziel, bis 2030 30 % der weltweiten Landflächen und Meere zu schützen, und wurde als "Pariser Abkommen für die Natur" bezeichnet, ein "historisches Abkommen zur Umkehrung des Verlusts der biologischen Vielfalt bis 2030". Die EU hat sich verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Beitrag zum [sechsten Massenaussterben](#) zu stoppen, bei dem der Mensch einen Rückgang der biologischen Vielfalt verursacht, der die Zukunft der Menschheit selbst bedroht. **Allerdings hat weniger als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten neue nationale Strategien und Aktionspläne zur biologischen Vielfalt (NBSAPs) vorgelegt, um die im Rahmen des KMGBF eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen. Die wichtigsten Mitgliedstaaten unterstützen die internationalen Bemühungen um die biologische Vielfalt auch nicht ausreichend durch ihre finanziellen Beiträge zu einer vereinbarten Verpflichtung von 20 Milliarden Dollar bis 2025.**

Špela Bandelj Ruiz, Greenpeace-Kampagnenleiterin für die biologische Vielfalt in Mittel- und Osteuropa, sagte: "Keine leeren Versprechungen mehr ohne Taten - die neu gewählten EU-Regierungschefs und die Kommission müssen Gesetze verabschieden, die lebenswichtige Ökosysteme schützen, sauberes Wasser garantieren und gesunde Lebensmittel bereitstellen. Die EU muss der Bewältigung der Klima- und Umweltkrise Priorität einräumen und einen gerechten Übergang für lokale Gemeinschaften und deren wirtschaftliches Wohlergehen sicherstellen."

Während der UN-Biodiversitätskonferenz COP16 stehen die Vertreter der Europäischen Kommission im Rampenlicht. Die ganze Welt wird beobachten, wie sie ihre bestehenden globalen Verpflichtungen einhalten, aber auch, ob sie bei der Umsetzung der Ziele im eigenen Land eine Vorreiterrolle einnehmen und eine angemessene Finanzierung sicherstellen."

Dieses Medienbriefing befasst sich mit den ausgewählten Verpflichtungen, die die EU im GBF eingegangen ist, mit einem Vergleich der Verpflichtungen und der ergriffenen Maßnahmen sowie mit einer Analyse der Nichteinhaltung der Verpflichtungen durch die EU seit der Unterzeichnung des GBF.

1. Engagement wird an Taten gemessen, nicht an Versprechen	2
2. Europa verfehlt die Ziele für Schutzgebiete	3
3. Europa macht nur begrenzte Fortschritte bei der Wiederherstellung der Natur	4
4. Europa muss viel mehr für die Finanzen tun	5
5. Die industrielle Landwirtschaft ist nach wie vor eine der Hauptursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt in der EU	5
6. Ehrgeizige und schnelle Umsetzung jetzt entscheidend	6
7. Klima- und Umweltkrisen sind miteinander verbunden und müssen gemeinsam gelöst werden	
8. Finanzen sind der Schlüssel zum Erfolg	7

Engagement wird an Taten gemessen, nicht an Versprechen

Während sich die EU bei der [Festlegung ehrgeiziger Ziele](#) hervortut, [hat sie es versäumt, diese zu erreichen](#), um den dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt im eigenen Land aufzuhalten.

[Die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030](#) "Die Natur zurück in unser Leben holen" ist Europas Schlüsselstrategie zur Erreichung der globalen Ziele, einschließlich des "30x30"-Ziels, und die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie sollten auch einen Überblick über die Ausrichtung der EU-Politik auf den globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming und Montreal geben. [In der Mitteilung zur Halbzeitüberprüfung des 8. Umweltaktionsprogramms](#) erklärte die Europäische Kommission, dass die Klima- und Umweltziele für 2030 noch in Reichweite seien. Der im November 2023 veröffentlichte ["Monitoring-Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele des 8. UAP"](#) der Europäischen Umweltagentur widerspricht dem jedoch und stellt fest, dass die wichtigsten Ziele in den Bereichen Biodiversität und Ökosysteme wahrscheinlich nicht erreicht werden können.

Gründe für die Nichteinhalung der EU-Ziele für 2030:

1. [Der hohe Druck auf die Land- und Meeresnutzung durch sozioökonomische Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Urbanisierung.](#)
2. [Es gibt zu wenige rechtlich verbindliche Instrumente.](#)
3. [Es gibt keine wirksamen Maßnahmen, um die EU-Mitgliedstaaten zum Handeln zu zwingen.](#)
4. [Die bestehenden, aber begrenzten Rechtsvorschriften enthalten zu viele Ausnahmen, um ihre Ziele zu erreichen.](#)

Nach einer enttäuschenden ersten Hälfte des Jahres 2024 und der Vorstellung der neuen politischen Agenda des Präsidenten der Europäischen Kommission wird deutlich, dass die EU nicht die Absicht hat, diese Probleme anzugehen.

Verlust der biologischen Vielfalt in der EU

Nach Angaben der [Europäischen Umweltagentur \(EUA\)](#):

- Nur 15 % der Lebensräume sind gut geschützt, überwältigende 81 % haben einen schlechten (45 %) oder sehr schlechten (36 %) Erhaltungszustand auf EU-Ebene.
- 9 % der Lebensräume mit ungünstigem Erhaltungszustand weisen eine Verschlechterungstendenz auf: Grünland, Dünen, Moore, Sümpfe und Flachmoore nehmen weiter ab.
- 35 % der Arten mit ungünstigem Erhaltungsstatus sind ebenfalls rückläufig. Bestäuber wie Bienen sind lebenswichtig für die Ernährungssicherheit, gehen aber zurück, und einige [Bienenarten sind sogar vom Aussterben bedroht](#).

Die Wiederherstellung von Ökosystemen und eine bessere Bewirtschaftung dieser Systeme, einschließlich der Abschwächung des [Drucks auf die Natur](#) durch intensive Landwirtschaft (21 %), Umweltverschmutzung, nicht nachhaltige Forstwirtschaft (11 %) und [Klimawandel](#), würden eine Reihe von Vorteilen einer gesunden Natur gewährleisten. Diese Vorteile würden von der menschlichen Gesundheit über die Ernährungssicherheit bis hin zur Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel reichen.

Europa verfehlt die Ziele für Schutzgebiete

Nur [sieben der 27 EU-Mitgliedstaaten](#) haben Zusagen für Schutzgebiete gemacht. Die überwiegende Mehrheit der aktuellen Zusagen sieht eine minimale Vergrößerung der Schutzgebiete vor, [nicht alle gezählten Gebiete schützen die Natur effektiv](#), und in keiner Zusage wird vorgeschlagen, bis 2030 30 % der Landfläche zu erreichen.

Aus globaler Sicht wäre das größte Problem für das internationale Ansehen der EU die Nichterfüllung des sogenannten 30x30-Ziels, d. h. der effektive Schutz von mindestens 30 % der Land- und Meeresflächen der EU bis 2030. Obwohl die EU kurz davor zu stehen scheint, die Ziele für den Schutz von Landflächen zu erreichen - im Jahr 2021 werden 26 % der Flächen unter Schutz stehen - sind die Fortschritte seit 2011 sehr langsam. Um das Ziel für 2030 zu erreichen, müsste sich die jährliche Wachstumsrate der geschützten Flächen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren mehr als verdoppeln. Dies ist besonders besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass ein erheblicher Teil der Schutzgebiete in der EU nur auf dem Papier tatsächlich geschützt ist. Noch schlimmer sieht es bei den Meeresschutzgebieten aus (Ziel ist es, bis 2030 mindestens 30 % der EU-Meeresfläche rechtlich zu schützen). Im Jahr 2021 gab es in der EU 12,1 % geschützte Meeresgebiete. Das ist zwar deutlich mehr als im Jahr 2012, als 5,9 % der Meeresgebiete geschützt waren, aber weit entfernt von 30 %.

In der EU gibt es nicht nur zu wenige Schutzgebiete, sondern die bestehenden Schutzgebiete werden auch nicht immer wirksam verwaltet, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu verringern. Ein Beispiel dafür sind die großzügigen Ausnahmeregelungen (einschließlich Entschädigungsregelungen) beispielsweise in der Habitat-Richtlinie, die eine Aussetzung des Schutzes für bestimmte schädliche Tätigkeiten oder aus allgemeinen Gründen im Zusammenhang mit der Verhinderung von "schweren Schäden, insbesondere an Kulturen, Viehbeständen (...)" oder "anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses" ermöglicht. Neue Indikatoren zur Verhinderung der Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt, der intensiven Nutzung und Ausbeutung von Ökosystemen, sind erforderlich, um Kahlschläge, industrielle Fischerei oder den Einsatz von Pestiziden in Schutzgebieten der EU zu verhindern.

Europa macht nur begrenzte Fortschritte bei der Wiederherstellung der Natur

Angesichts der sich verschärfenden Krise der biologischen Vielfalt ist es absolut notwendig, eine weitere Verschlechterung der Natur zu vermeiden und sie wiederherzustellen, vor allem wenn man weiß, dass 81 % der geschützten Ökosysteme in der EU in einem "schlechten" oder "sehr schlechten" Zustand sind. Durch die Wiederherstellung geschädigter Natur werden Ökosysteme widerstandsfähiger und können mehr Umweltstressoren aufnehmen.

Das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur spielt eine Schlüsselrolle dabei, die EU in die Lage zu versetzen, ihre Verpflichtungen und Zusagen im Rahmen des globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming und Montreal zu erfüllen. Die Verordnung enthält verbindliche Ziele für die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme, insbesondere derjenigen mit dem größten Potenzial zur Kohlenstoffspeicherung, sowie für die Katastrophenprävention und -minderung. Die EU-Mitgliedstaaten müssen Maßnahmen ergreifen, um bis 2030 mindestens 20 % aller Land- und Meeresgebiete in der EU wiederherzustellen. Bis 2050 sollten solche Maßnahmen für alle Ökosysteme, die wiederhergestellt werden müssen, durchgeführt werden. Weitere wichtige Ziele sind die Verpflichtung, Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen, um einen guten Zustand für wichtige Lebensraumtypen und Arten zu erreichen, den Verlust städtischer Grünflächen zu stoppen und die städtischen Grünflächen und den Baumbestand zu vergrößern, die natürliche Vernetzung von Flüssen und die natürlichen Funktionen der dazugehörigen Überschwemmungsgebiete wiederherzustellen, den Rückgang bestäubender Insekten zu stoppen und umzukehren oder landwirtschaftlich genutzte Moorgebiete wiederherzustellen und wieder zu befeuchten.

Der endgültige Text des Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur ist jedoch alles andere als ideal. Die Nichtverschlechterungsklausel wurde auf "erhebliche Verschlechterung" reduziert, und die Verpflichtung zur Erzielung von Ergebnissen ist nun eine Verpflichtung für Maßnahmen mit Ausnahmeregelungen für Projekte oder Pläne von übergeordnetem öffentlichen Interesse. Verschiedene Ausnahmen wurden hinzugefügt, um mehr Flexibilität zu ermöglichen.

Europa muss viel mehr für die **Finanzen** tun

Im Bereich der Finanzierung bewegt sich die EU selbst langsam, z. B. wurden zusätzliche Mittel für den Naturschutz im EU-Haushalt sowie in Form von Zuschüssen und Darlehen im Rahmen der EU-Fazilität für Konjunkturbelebung und Widerstandsfähigkeit bereitgestellt, aber das ist immer noch zu wenig. Die Europäische Kommission selbst schätzt, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von 77 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich sind, um die Umweltziele zu erreichen, und es ist ungewiss, ob die Investitionslücke bis 2030 geschlossen werden kann.

Darüber hinaus lässt die EU nach wie vor Investitionen in die Zerstörung der Natur zu und hat keine regulatorischen Maßnahmen ergriffen, um die Rolle von Investitionen bei der Naturzerstörung oder dem Klimawandel zu bekämpfen. Auf globaler Ebene fließen jedes Jahr fast 7 Billionen US-Dollar in Aktivitäten, die der Natur schaden, eine Zahl, die wahrscheinlich die vollen Auswirkungen unterschätzt. Das bedeutet, dass Finanzinstitute und Regierungen 350 Mal mehr für die Zerstörung der Natur ausgeben, als sie für die Unterstützung des globalen Südens bei der Wiederherstellung der Natur zugesagt haben. Die Banken haben 20 Mal mehr für die Finanzierung fossiler Brennstoffe und der großen Landwirtschaft im globalen Süden ausgegeben als für die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Die überwiegende Mehrheit der EU-Länder hat noch nicht ihren gerechten Anteil an den vereinbarten 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr für internationale Bemühungen um die biologische Vielfalt gezahlt. Umweltschädliche Subventionen sind in der EU immer noch weit verbreitet, und es ist an der Zeit, die Verpflichtungen zur schrittweisen Abschaffung aller umweltschädlichen Subventionen einzuhalten.

Die industrielle Landwirtschaft ist nach wie vor eine der Hauptursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt in der EU

In der EU ist die industrielle Intensivlandwirtschaft aufgrund von Faktoren wie Flächennutzungsänderungen, Umweltverschmutzung und Verringerung der Landschaftsvielfalt der größte Verursacher des Verlusts an biologischer Vielfalt. Der Landwirtschaftssektor ist für 94 % der Ammoniakverschmutzung in der EU verantwortlich, der größte Teil davon aus der Viehzucht, die zur Luftverschmutzung beiträgt. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU hat herausgefunden, dass die Viehwirtschaft nicht nur für Ammoniakemissionen in die Luft, sondern auch für 80 % der Stickstoffemissionen in Gewässer verantwortlich ist. Auch die Gesundheit der Böden steht unter Druck, denn nach Schätzungen der Europäischen Kommission sind 60 bis 70 % der Böden in Europa bereits ungesund. Der weit verbreitete Einsatz von Pestiziden trägt zum Rückgang der Populationen von Insekten, Bestäubern, Vögeln und Wasserorganismen bei.

Trotz alledem gab es nur sehr geringe Fortschritte bei der Bekämpfung der Auswirkungen des industriellen Lebensmittel- und Landwirtschaftssystems in der EU, das weiterhin durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) finanziert wird. Darüber hinaus hat es bei wichtigen Rechtsvorschriften erhebliche Rückschritte gegeben. Im vergangenen Jahr hat die EU inmitten der Proteste der Landwirte Pläne zur Verringerung des Pestizideinsatzes und zur Verbesserung des Tierschutzes aufgegeben und Umweltauflagen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik abgebaut. Ganz zu schweigen davon, dass

die EU es versäumt hat, wichtige Maßnahmen im Rahmen ihrer Strategie "vom Erzeuger zum Verbraucher" für nachhaltige Lebensmittel zu ergreifen.

Um sinnvolle Fortschritte bei der Erfüllung der Biodiversitätsziele zu erzielen, muss die EU die Verteilung der Subventionen im Rahmen der GAP in Angriff nehmen, von denen die meisten industrielle landwirtschaftliche Praktiken unterstützen, die zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima haben. Die EU muss sich an den Ergebnissen des jüngsten Strategischen Dialogs über die Landwirtschaft orientieren, bei dem sich nach siebenmonatigen Verhandlungen alle wichtigen Akteure des Agrar- und Lebensmittelsektors, darunter landwirtschaftliche Lobbygruppen, Lebensmittelunternehmen, Einzelhändler, Biotechnologieunternehmen sowie Umwelt- und Verbraucherorganisationen, auf eine Reihe von Empfehlungen zur drastischen Verbesserung des Agrar- und Lebensmittelsektors der EU geeinigt haben. Zu den wichtigsten Schlussfolgerungen gehörten die Einrichtung eines Fonds zur Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen und eines befristeten Fonds für einen gerechten Übergang sowie eine deutliche jährliche Anhebung der Umweltzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), um die Landwirte zu ermutigen, mehr für den Naturschutz zu tun und zu nachhaltigeren Bewirtschaftungsmethoden überzugehen. Darüber hinaus wurde die EU im Rahmen des Strategischen Dialogs aufgefordert, die Auswirkungen der industriellen Viehzucht zu bekämpfen, insbesondere in Gebieten mit hoher Viehdichte, und die Mitgliedstaaten aufzufordern, nachfrageseitige Maßnahmen zu ergreifen, um den Rückgang des Verbrauchs von tierischen Proteinen zu beschleunigen und den Verbrauch von pflanzlichen Quellen zu erhöhen.

Ehrgeizige und schnelle Umsetzung jetzt entscheidend

Die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen die Lücke zwischen ihren erklärten Verpflichtungen und ihren Maßnahmen schließen. Das letzte Übereinkommen über die biologische Vielfalt führte zu einer positiven und ehrgeizigen multilateralen Vereinbarung über die biologische Vielfalt, die in allen Bereichen in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden muss, z. B. in Bezug auf den auf Rechten basierenden Schutz, die Wiederherstellung und eine faire Finanzierung. Darüber hinaus müssen die politischen Entscheidungsträger ihren Ehrgeiz verstärken, die bestehenden Rechtsvorschriften zu verschärfen und durchzusetzen sowie neue Maßnahmen zu verabschieden, um die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 ohne weitere Verzögerung umzusetzen. Weiche Politiken, Leitlinien und Empfehlungen müssen durch verbindliche Ziele ersetzt werden. Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich umfassender mit Land- und Meeresnutzungsänderungen befassen, einschließlich quantitativer Schutz- und Wiederherstellungsziele. Um den zukünftigen Naturschutz zu stärken und den Verlust der biologischen Vielfalt zu verhindern, sollte die EU spezifische übergreifende Grundsätze für die Raumplanung und Landnutzungsänderung formulieren (einschließlich Prinzipien wie "keine Nutzung" für bestimmte Ökosysteme, "keine signifikante Schädigung", Identifizierung und Realisierung von Co-Benefits).

Klima- und Umweltkrisen sind miteinander verbunden und müssen gemeinsam gelöst werden

Die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen erhebliche Fortschritte beim Schutz und der Wiederherstellung der Natur machen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass die aktuelle Klimakrise und der Verlust der Natur miteinander verknüpft sind - sie werden von denselben nicht nachhaltigen Systemen angetrieben und haben einige gemeinsame Lösungen. Daher muss die politische Antwort auf diese Krisen in ähnlicher Weise integriert werden. Dies steht in direktem Zusammenhang mit den Synergien zwischen dem CBD und dem UNFCCC, auch weil die Gefahr besteht, dass die COP29 des UNFCCC mit einem Kohlenstoffmarktabkommen endet, das schlecht für das Klima und die biologische Vielfalt ist.

Finanzen sind der Schlüssel zum Erfolg

Die Regierungen aller Industrieländer - also auch aller EU-Mitgliedstaaten - müssen ihre Zusage einhalten, bis 2025 20 Milliarden US-Dollar für die Finanzierung von Naturschutz und Wiederherstellung im globalen Süden bereitzustellen. Im Global Biodiversity Framework haben sich die Regierungen verpflichtet, bis 2025 und danach jedes Jahr 20 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen und bis 2030 mindestens 30 Milliarden US-Dollar pro Jahr anzustreben, aber sie sind weit im Rückstand. Die EU muss der Ermittlung und Abschaffung umweltschädlicher Subventionen Vorrang einräumen und die Finanzströme regulieren, um die von ihr eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die biologische Vielfalt und das Klima einzuhalten." Wir fordern die Minister der EU-Länder auf, das CBD als Plattform zu nutzen, um auf die Notwendigkeit einer Regulierung der Finanzströme durch alle Beteiligten hinzuweisen und öffentlich ihre Unterstützung für Sofortmaßnahmen auf EU-Ebene zu bekunden, damit ihre eigenen Finanzinstitute nicht länger zur Zerstörung von Ökosystemen beitragen.

Empfehlungen

1. Die EU und die nationalen politischen Entscheidungsträger müssen nun die bestehenden Rechtsvorschriften stärken und durchsetzen sowie neue Maßnahmen verabschieden, um die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 ohne weitere Verzögerung umzusetzen.
2. Politische Antworten auf die Biodiversitäts- und Klimakrise müssen integriert werden.
3. Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten müssen ihre Zusage einhalten, bis 2025 20 Milliarden US-Dollar für die Finanzierung von Naturschutz und Wiederherstellung im globalen Süden bereitzustellen, und sie müssen Klima und Biodiversität in die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen einbeziehen, unter anderem durch die Abstimmung der Finanzströme mit ihren internationalen Verpflichtungen zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz der Biodiversität.

Interviewpartner vor und während der UN-Biodiversitätskonferenz COP16:

- **Špela Bandelj Ruiz**, Greenpeace Mittel- und Osteuropa, Biodiversitätskämpfner, spela.bandelj@greenpeace.org, +386 30 425 478

- **Jannes Stoppel**, Greenpeace Deutschland, Politischer Berater, jannes.stoppel@greenpeace.org, +491718880764, Teilnehmer der 16. Sitzung der Vertragsstaatenkonferenz (COP 16)

Zusätzlicher Medienkontakt zur Koordinierung von Interviewanfragen:

Miryam Nadkarni, Greenpeace Deutschland, Pressesprecherin Waldwende,
miryam.nadkarni@greenpeace.de, +49 160-3319793

Christine Gebeneter, EU-Kommunikationsverantwortliche, EU Ecosystems Kampagne, mit Sitz in Österreich, christine.gebeneter@greenpeace.org, +43 664 8403807

Zusätzliches Informaterial:

- [Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework](#).
- [Die Kampagne für die Natur hat berechnet](#), wie viel die einzelnen Länder für die biologische Vielfalt zahlen müssen - und hat untersucht, wie viel sie tatsächlich zahlen.
- [Eingereichte NBSAPs seit COP15 und CBD-Clearinghouse-Mechanismus](#).
- [UN-Biodiversitätskonferenz COP 2024: Welche Regierungen halten ihre Zusagen zum Schutz der Natur ein?](#) Ein neues Instrument verfolgt die Fortschritte der Regierungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen des globalen Biodiversitätsrahmens.
- [CBD in a nutshell von Global Youth Biodiversity Network](#).

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als 630.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0 [Pressestelle](#) Tel. 040/3 06 18-340, F 040/3 06 18-340,
presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de [Politische Vertretung Berlin](#) Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 [V.i.S.d.P.](#)
Jannes Stoppel [Foto](#) Titel: © Daniel Müller / Greenpeace, 12/2022